

Die ABI-Prüfung

Innenstadt-Bürgermeister Andreas Hupke tritt mit seinem Bündnis bei der Kommunalwahl an

Andreas Hupke ist guten Mutes. Die Formalitäten sind fast erledigt, und der seit zwanzig Jahren amtierende Bezirksbürgermeister für die Innenstadt und Deutz kann somit bei der Kommunalwahl im September erneut antreten. Nach seinem Austritt bei den Grünen bewirbt er sich wie angekündigt mit einem eigenen Bündnis: dem »Aktionsbündnis Innenstadt/Deutz«, kurz ABI.

»Wir passen menschlich gut zusammen«, sagt Hupke über sein Team. 13 Personen stehen auf der ABI-Liste für die Wahl zur Bezirksvertretung. 1500 Stimmen, das hat Hupke ausgerechnet, müssten für ein Mandat reichen. Über drei würde er sich freuen. Er selbst steht auf Platz eins. Um im Amt bleiben zu können, müsste er nicht nur einziehen, sondern auch eine Mehrheit mit Stimmen der anderen Fraktionen für sich gewinnen. Gelingt das nicht, will er »selbstverständlich« auch als einfacher Mandatsträger in der Bezirksvertretung mitwirken.

Hupke geht davon aus, dass sein Bündnis auf Dauer angelegt ist. Er sieht ABI als Angebot für alle, die »sonst keine Partei mehr wählen können«. Auf der nach Geschlecht quotierten Liste finden sich neben ihm Personen wie Ruth Wennemar, Hans Anton

Meurers, Katharina Dellhofen, Achim Hüttner und Sabine Vonderstein, die alle in Bürgervereinen und Stadtteilinitiativen engagiert und in ihren Veedeln bekannt sind. »Das sind alles Menschen, die die Entwicklung in ihren Innenstadtvierteln nicht gut finden«, sagt Hupke. Mit Markus Graf und Stefan Fischer stehen auch zwei ehemalige Mitglieder der Grünen-Fraktion der Bezirksvertretung auf der Liste.

Am Wahlprogramm formulieren sie noch. Eine Liste mit elf Punkten haben sie bereits verschickt. Sie wollen Anwohnerrechte stärken und Verelendung durch Drogen, »Ballermannisierung«, Obdachlosigkeit und die »Verwahrlosung des Stadtbilds« stoppen, Kultur fördern und bezahlbaren Wohnraum erhalten.

»Für mich war der Umgang mit dem Problem am Brüsseler Platz ausschlaggebend«, sagt Ruth Wennemar, Listenplatz zwei und engagiert im Bürgerverein Eigelstein. Sie kandidiert für ein politisches Mandat, weil sie die Interessen der Innenstadtbewohner sonst nirgends vertreten sieht. Ihr gehe es um mehr als um Partikularinteressen, sagt sie. »Unsere Demokratie ist ernsthaft bedroht. Wir wollen die Leute mitnehmen, die sich nicht mehr vertreten fühlen.« Ihr Vorwurf richtet sich hauptsächlich gegen Hupkes frühere Parteifreunde.

Nachdem das Verweilverbot am Brüsseler Platz gekippt wurde, habe man das in der »Grünen-Blase« gefeiert. An die Anwohner, die wieder ohne Aussicht auf Besserung dastünden, habe niemand gedacht. Im Gegenteil: Ihnen werde vorgeworfen, »Eifeler Verhältnisse« in der Großstadt schaffen zu wollen. »Wir lieben das quirlige Leben, aber wir brauchen klare Regeln«, sagt Wennemar. Der Lobby der Gastronomen, den Bedürfnissen der Leute, die zum Feiern in die Innenstadt kommen, setze niemand Schranken, ihre Freiheit werde auf Kosten der Anwohner verteidigt. »Das einzuschränken ist einfach nicht populär«, nimmt sie an.

Den Vergleich mit vermeintlich gewünschten »Eifeler Verhältnissen« kann Ruth Wennemar nicht nachvollziehen. »Es gibt hier viele hart arbeitende Menschen, die einfach gut schlafen wollen.« Der Lärm sei dabei längst nicht das einzige Problem, mit dem Innenstadtbewohner zu kämpfen hätten. Viele lebten seit Jahrzehnten im Zentrum und sorgten sich, ob die nächste Eigenbedarfskündigung sie trifft, so Wennemar. Sie wundert sich über fehlende Solidarität. Die Innenstadt möge teuer und teils für Gutverdiener attraktiv sein. »Aber das heißt ja nicht, dass die Menschen nicht auch gesund schlafen wollen«, sagt sie.

PHILIPP HAASER